

Wiener Thesen zur wissenschaftsbasierten Beratung von Politik und Gesellschaft

Wissenschaftliche Expertise ist in modernen Gesellschaften eine zentrale Grundlage, um Krisen als solche erkennen und mit ihnen verantwortungsvoll umgehen zu können. Das hat die Coronavirus-Pandemie erneut deutlich gemacht: Ohne Wissenschaft wüssten wir nicht, was die „seltsame Lungenkrankheit“ verursacht, hätten wir nicht in kurzer Zeit Impfstoffe und wirkungsvolle Medikamente entwickelt. Ohne Bezug auf wissenschaftliche Erkenntnisse gäbe es auch keine zielgerichtete öffentliche Diskussion über notwendige Maßnahmen und für die Politik keine Möglichkeit, evidenzbasiert zu entscheiden. Die Pandemie hat die Leistungsfähigkeit der Wissenschaft eindrucksvoll unter Beweis gestellt.

Trotz dieser Erfolge wurden in der Pandemie auch Spannungsverhältnisse zwischen Wissenschaft, Politik und Öffentlichkeit deutlich. So entwickelte sich eine Wissenschaftsskepsis, die fast schon den Charakter einer sozialen Bewegung annahm. Proteste, die sich gegen bestimmte politische Maßnahmen und Initiativen (etwa die Impfoffensive) richteten, nahmen immer wieder auch die Wissenschaft ins Visier. Medial sichtbare Expertinnen und Experten wurden in den sozialen Medien zur Zielscheibe von Wut und Hass. Wissenschaft wurde als Teil des „Establishments“ attackiert. Wissenschaft und Politik sind autonome Systeme, die für die Gesellschaft unterschiedliche Funktionen erfüllen: Während sich die Wissenschaft darauf konzentriert, neues, ihren strengen methodischen Standards genügendes Wissen zu produzieren, organisiert die Politik kollektiv bindende Entscheidungen. Eine effiziente und demokratiekonforme Kooperation zwischen Wissenschaft und Politik hat zur Voraussetzung, dass die Zuständigkeiten und Verantwortlichkeiten klar verteilt sind und keine Rollenkonflikte entstehen. Grenzüberschreitungen werden zurecht als Politisierung von Expertise bzw. Expertokratie kritisiert.

Auf dem *Joint Academy Day* der Österreichischen Akademie der Wissenschaften, den sie am 1. Februar 2023 in Wien gemeinsam mit der Nationalen Akademie der Wissenschaften Leopoldina ausrichtet, stehen Herausforderungen der Wissenschaftskommunikation in Zeiten der multiplen Krise im Mittelpunkt. Begleitend dazu werden im Folgenden neun Punkte zu den Aufgaben und Anforderungen an wissenschaftsbasierte Beratung zur Diskussion gestellt, die wichtige Erfahrungen der Wissenschaftsakademien während der Corona-Krise reflektieren.

1. Wissenschaft soll in der Beratung von Politik und Gesellschaft als „ehrlicher Makler“ agieren

Die Wissenschaft sollte sich in der Rolle eines „honest broker“ (R. Pielke) sehen, der der Politik Entscheidungsalternativen und Wahlmöglichkeiten auf Basis wissenschaftlicher Evidenz aufzeigt. Dieses Denken in Optionen basiert auf der Einsicht, dass eine disziplinär vielfältige Wissenschaft mit Blick auf aktuelle Problemstellungen selten mit einer Stimme spricht. Oft sind Szenarien und Prognosen mit erheblichen Unsicherheiten belastet, die klar genannt werden sollten. Und selbst wenn es einen weitreichenden Konsens unter den maßgeblichen Fachleuten geben sollte, gilt es daran zu erinnern, dass politische Streitfragen letztlich nicht durch (noch so überzeugende) Zahlen und Fakten entschieden werden, sondern in der Abwägung konkurrierender Werte und Interessen, also im Bereich der Politik.

2. Wissenschaft soll informieren, nicht legitimieren

Ziel der Wissenschaft kann es nicht sein, der Politik ihre Entscheidungs- und Handlungskompetenz streitig zu machen. Wissenschaftsbasierte Beratung sollte nicht dazu dienen, der Politik die Begründungslasten und

Entscheidungsnotwendigkeiten abzunehmen. Das heißt, umfassende Sachstandsdarstellungen und nuancierte Stellungnahmen sollten die Politik dazu bewegen, ihre Entscheidungen selbständig zu begründen. Die Politik sollte offenlegen, welche Empfehlungen und Expertisen für ihre Abwägungsprozesse wichtig waren. Der Verweis auf „die“ Wissenschaft (oder den Konsens namhafter Expertinnen und Experten) zum Zweck politischer Legitimation sollte akuten Krisensituationen vorbehalten bleiben, wenn unter hohem Zeitdruck und erheblicher Ungewissheit entschieden werden muss. Kurzum: Wissenschaft sollte die Politik so umfassend wie nötig informieren, aber so wenig wie möglich legitimieren.

3. Problem und Problem-Framing müssen hinterfragt werden

Der Rahmen, innerhalb dessen ein Problem verhandelt wird („Framing“), beeinflusst maßgeblich, welche Themen und Aspekte als (un-)wichtig und welche Disziplinen folglich als (ir-)relevant gelten. Es ist ein Unterschied, ob beispielsweise die Pandemie „nur“ als ein Gesundheitsproblem oder als eine vernetzte Krise gilt, in der auch soziale, ökonomische und psychische Aspekte zu berücksichtigen sind. Die Aufgabe beratender Wissenschaft ist es daher, nicht nur Sachfragen zu beantworten, sondern auch das Problem-Framing kritisch zu reflektieren und ein möglicherweise anderes Framing vorzuschlagen.

4. Interdisziplinäre Zusammenarbeit verlangt Mut zu Konflikten

Die globalen Krisen der Gegenwart erfordern seitens der Wissenschaft interdisziplinäre Kooperation, denn deren Problemstruktur richtet sich nicht nach der Fächerlogik wissenschaftlicher Einrichtungen. Im Kontext interdisziplinärer Beratungsgremien treffen unterschiedliche Fachkulturen, Denkstile und Perspektiven aufeinander. Interdisziplinarität erfordert also aktive Auseinandersetzung. Sie darf sich nicht darin erschöpfen, Aussagen oder Empfehlungen einzelner Fachleute isoliert nebeneinander zu stellen oder so allgemein zu halten, dass disziplinspezifische Differenzen ausgeblendet bleiben. Weitreichende Übereinstimmung in Beratungsgremien sollte sich nicht der Dominanz einer bestimmten Fachkultur verdanken, sondern sich als Ergebnis eines ernsthaften und ernstzunehmenden Diskurses über die Fächergrenzen hinweg darstellen.

5. Konsens unter Fachleuten ist kein Selbstzweck

Wissenschaft will (und sollte) Klarheit schaffen und nicht Verwirrung stiften. Ein weitreichender Konsens gilt deshalb als erstrebenswertes Ziel institutionalisierter Politikberatung. Einstimmigkeit sollte allerdings nicht zum Selbstzweck werden. Gerade in Krisensituationen ist man auf Schätzungen und Szenarien angewiesen, wenn gesichertes Wissen fehlt und die Datenqualität schlecht ist. Unter Umständen ist es klüger, der Politik einen geordneten und gut begründeten Dissens zu präsentieren als einen Konsens, der mangels kanonischen Wissens strategischen Charakter hat. Ein gehaltvoller Dissens unter namhaften Expertinnen und Experten unterstreicht, dass letztlich die Politik entscheiden muss.

6. Wissenschaft sollte den Herstellungsprozess von Expertise transparent machen

Evidenz und Expertise sind zwei verschiedene Wissensformen. Forschungsergebnisse müssen auf einen Problemkontext angewendet werden, in dem sie oft nicht entwickelt wurden, um politisch anschlussfähig zu sein. Für die Öffentlichkeit muss daher nachvollziehbar sein, wie in Beratungsgremien Evidenz in Empfehlungen übersetzt wird. Das Transparentmachen des wissenschaftlichen Erkenntnisprozesses, seiner Bedingungen, Notwendigkeiten und Grenzen stärkt das Vertrauen in eine unabhängige Wissenschaft.

7. Wissenschaftskommunikation sollte sich auch auf Beratungsprozesse erstrecken

Öffentlichkeitsbeteiligung im Wissenschaftsbereich ist kein Selbstzweck, sondern dort zu fordern und zu fördern, wo sie für Wissenschaft und Gesellschaft einen Mehrwert verspricht. Die Einladung zum Dialog über Beratungsprozesse kann dazu beitragen, die Wissenschaft verstärkt für Themen zu sensibilisieren, die den Alltag und das Leben der

Menschen in besonderer Weise betreffen. Gleichzeitig werden auf diese Weise Prozesslogik und Ergebnisse wissenschaftsbasierter Beratung für eine breite Öffentlichkeit besser nachvollziehbar. Durch den Einblick in ihre eigene Beratungspraxis fördern Wissenschaftsakademien das Verständnis für Aufgaben, Anforderungen und Grenzen ihrer Beratungsaktivitäten.

8. Wissenschaftsakademien wissen, wer wirklich Expertise hat

Wissenschaftsakademien versammeln als Gelehrtenvereinigungen die „klügsten Köpfe“ aus Wissenschaft und Forschung und haben Zugriff auf das aktuellste und bestgesicherte Wissen. Sie sind daher eine glaubwürdige Informationsquelle, gerade auch dann, wenn es um die Einrichtung und Besetzung von Beratungsgremien geht. Aufgrund ihrer Unabhängigkeit und ihres fachlichen Überblicks können Akademien rasch und zuverlässig erklären, wer die maßgeblichen Personen mit entsprechender Kompetenz in einem bestimmten Themenfeld sind. Dies erhöht die Chance, dass wissenschaftliche Exzellenz und nicht (partei)politische Erwägungen oder medialer Einfluss die entscheidende Rolle bei der Besetzung von Beratungskommissionen spielen.

9. Akademien sollen Foren kritischer Wissenschaftsreflexion sein

Wissenschaftsakademien sind kompetente Partner in der Diskussion über zentrale Grundsatzfragen zum Verhältnis von Wissenschaft, Politik und (Medien-)Öffentlichkeit. Im breiten Fächerkanon der Wissenschaft ist das interdisziplinäre Feld der Wissenschaftsforschung eine gute Adresse, um die Selbstreflexion der Wissenschaft voranzutreiben – gerade auch in ihrer Rolle als zentrale Beratungsinstanz in gegenwärtigen Krisen. Zu diesem Zweck gilt es, in den Wissenschaftsakademien institutionelle Foren der Selbstreflexion dauerhaft einzurichten. Denn nur eine forschungsstarke, beratungsrelevante und selbstkritische Wissenschaft gibt modernen Gesellschaften die begründete Zuversicht, die vielfältigen, vernetzten und langwierigen Krisen unserer Zeit meistern zu können.